

Stoppt Mitteldorf!

Im Juni gab die Stadtverordnetenversammlung in einer nichtöffentlichen Sitzung dem Kiesmillionär Mitteldorf grünes Licht für die Anlage einer neuen Kiesgrube in unserer Gemarkung. Die DKP-Fraktion, die gegen die neue Kiesgrube stimmte, hatte schon zu Beginn der Sitzung verlangt, den Punkt Mitteldorf öffentlich zu diskutieren. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Dabei war es vor allem die CDU, die sich für eine „nichtöffentliche“ Behandlung stark machte, dieselbe CDU, die jetzt eine Maßregelung der DKP durchsetzen will, weil wir die Öffentlichkeit über Einzelheiten der nichtöffentlichen Sitzung informiert haben sollten. Man fürchtete die Öffentlichkeit.

Die DKP setzt aber auf diese Öffentlichkeit. Nur wenn möglichst viele Bürger in dieser Sache aktiv werden, kann Mitteldorf gestoppt werden. Unsere Bedenken gegen die geplante Großgrube konnten nicht ausgeräumt werden, sie haben sich noch verstärkt. Niemand kann sagen, ob unser Trinkwasser gefährdet ist, keiner weiß, um wieviel das Grundwasser absinkt, und kein Mensch vermag zu sagen, wann dieses Riesenloch verfüllt sein wird, wann das Gelände von der Stadt wieder zu nutzen wäre.

Gibt es schon Grundwasser-verseuchungen durch Mitteldorf?

Die Gefahr, daß bei der Verfüllung das Trinkwasser gefährdet wird, ist mit Sicherheit nicht von der Hand zu weisen. Immerhin gab es bereits im Bereich unserer Müllkippe eine Verseuchung privater Brunnen. Mittlerweile können wir auch nachweisen, daß in den Jahren 1975 bis 1977 mehrmals größere Mengen Dieselöl auf dem Mitteldorf-Gelände versickerten. Man berichtete uns von ca. 500 - 600 Liter. Da wir in der Lage waren, die genaue Stelle zu bezeichnen, haben wir auf

jeden Fall die Behörde benachrichtigt. Sie soll prüfen, ob nicht bereits Grundwasserverunreinigungen eingetreten sind. Auf jeden Fall zeigt aber auch ein solcher Vorfall, daß bei Mitteldorf solchen Umweltfragen offensichtlich wenig Beachtung geschenkt wird.

Werden Arbeitsplätze gefährdet?

Wenn Mitteldorf die neue Grube nicht baggern darf, sind dort die Arbeitsplätze gefährdet, sagen uns die Befürworter der neuen Kiesgrube. Stimmt das? Diese Argumentation ist falsch. Heute sind im hiesigen Betrieb gerade noch sieben Mann beschäftigt. Mitteldorf selbst hat durch Rationalisierungsmaßnahmen die Belegschaft in den letzten vier Jahren halbiert. Stände das Gelände, wie vorgesehen, für Industrieansiedlung zur Verfügung, könnte ein Mehrfaches an Arbeitsplätzen geschaffen werden. Im übrigen scheint Mitteldorf überhaupt ein „sozialer Musterbetrieb“ zu sein. Bei einer Gesamtbelegschaft von ca. 40 Mann gibt es keinen Betriebsrat, dafür aber ständige Überstundenforderungen. Die sanitären Verhältnisse sollen unverantwortlich sein. Noch immer würden sich die Arbeiter im Eimer waschen und manchmal hätte man im Winter sogar das Eis aufschlagen müssen, um an Waschwasser zu gelangen.

DKP bezweifelt Rechtmäßigkeit der Zustimmung

Die Zustimmung der Stadtverordneten zum „größten Loch des Kreises“ erfolgte im nichtöffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung. Hätte die Diskussion öffentlich stattgefunden, wäre diese Abstimmung anders ausgefallen. Die DKP-Fraktion glaubt, daß das Mitteldorf-Projekt in jedem Fall öffentlich behandelt werden muß – so wie es auch die „Hessische Gemeindeordnung“ (§ 52) verlangt.

Wir haben deshalb die Kommunalaufsicht gebeten, die Rechtmäßigkeit dieses Beschlusses zu überprüfen. Wir werden uns in jedem Fall intensiv bemühen, daß die Bevölkerung über dieses Problem voll informiert wird. Wir werden uns dabei auch nicht von Bürgermeister Brehl behindern lassen, der aus formellen Gründen ab und zu die städtischen Arbeiter in Marsch setzt, um die „Stoppt Mitteldorf“-Plakate der DKP abzuschaben. rh



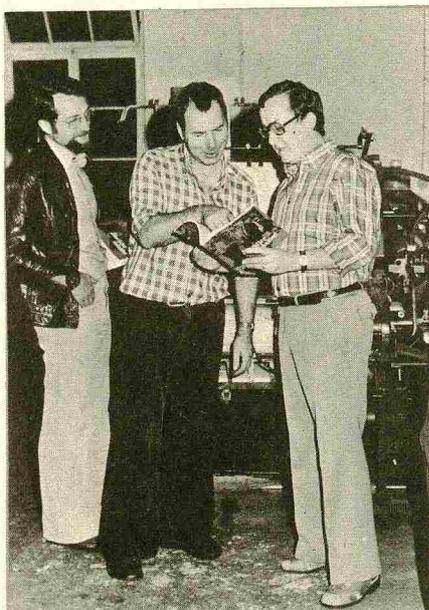
Zahlreiche Kinder waren auch in diesem Sommer in DDR-Ferienlagern. Braungebrannt und voll mit schönen Erlebnissen kamen auch die Kinder aus Mörfelden zurück.



Keine Massenveranstaltungen wie in den vergangenen Jahren waren diesmal die Waldkonzerte. Sie litten vor allem unter dem kühlen Wetter. Möglicherweise muß sich der Veranstalter aber auch für künftige Veranstaltungen ein wenig mehr einfallen lassen. Unser Bild: Die Beerfelder Trachtengruppe holte sich viel Beifall.

Will man uns denn mit aller Gewalt umbringen?

Diese Frage stellt sich, wenn man an die Gifteinlagerungen in Herfa-Neurode denkt. Vom großen Amerika mit riesigen Wüstengebieten schickt man in die kleine Bundesrepublik Gift zur Einlagerung in einen Salzstock. Als hätten wir nicht Gift und Müll genug und Probleme, diesen ordnungsgemäß und ohne Gefahr für Leib und Leben der Bevölkerung zu beseitigen. Gerade in der Zeit des Wahlkampfes erhalten die Vorgänge in Sachen Umweltgefährdung besondere Brisanz. Einerseits werden Meldungen über Umweltverfälschungen in die Medien lanciert, um den Menschen einzusuggerieren, alles wäre in besten Händen, andererseits werden gar Verträge über weitere Umweltbelastungen und -gefährdungen bekannt. (Im letzten „blickpunkt“ berichteten wir über die vertragliche Legalisierung des Einleitens von Chloriden des Hoechst-Konzerns in den Main) Der Umweltminister hat als Entschuldigung für die Einlagerung des US-Giftes in Herfa-Neurode nur vorbringen können, daß dies ein einmaliger Vorgang sei. In der Tat, dieses Verhalten des Ministers und seiner Umweltbehörden ist einmalig.



Kein Buch ohne den Drucker

Was nützt die ganze Schreiberei, die vielen schönen alten Fotos, wenn es den Drucker nicht gäbe?

Georg Klug, Druckermeister (Mitte), hat es gedruckt, das Buch „Merfeller Gebäbel“ und wenn es ein schönes Buch geworden ist, dann ist das vor allem auch sein Verdienst.



Wir werden ihn nicht vergessen

Josef Knecht aus Neu-Isenburg ist am 10. September nach schwerer Krankheit im Alter von 50 Jahren gestorben. Seppel, so nannten ihn seine Freunde, war vielen Mörfeldern, vor allem aber den Opel-Arbeitern bekannt.

Er war der Bundestagskandidat unserer Partei für den Kreis Groß-Gerau.

Schon seit jungen Jahren war Josef Knecht mit der Gewerkschaftsbewegung eng verbunden. Mit dem ersten Tage der Wiederzulassung der Gewerkschaftsorganisation durch die Besatzungsmacht wurde er Gewerkschaftsmitglied. In dem Betrieb, in dem er während des Krieges als Mechaniker ausgebildet wurde, BBC, Werk Großauheim, wurde er bald zum Vertrauensmann seiner Abteilung und zum Betriebsjugendvertreter gewählt. Stellvertretender Vorsitzender des Orts-

jugendausschusses der IG Metall und des DGB-Kreisjugendausschusses in Hanaus, zweitweise Mitglied des Verwaltungsstellenvorstandes der IG Metall; waren die nächsten Funktionen, in die er durch das Vertrauen seiner Kollegen kam. Nach Neu-Isenburg verzogen, war er hier stellvertretender Vorsitzender des Ortskartells des DGB.

Von der sozialistischen Erziehung durch seine Eltern entscheidend beeinflusst (sein Vater war während der Nazizeit wegen antifaschistischer Tätigkeit im Gefängnis), wurde er schon 1946 Mitglied der Kommunistischen Partei.

Im Bezirksvorstand Hessen der DKP war Seppel Knecht für Wirtschafts- und Sozialpolitik verantwortlich. Seppel Knecht hinterläßt eine Lücke in den Reihen der DKP, die schwer zu schließen ist. Er war ein hochgebildeter Marxist, ein bescheidener, konsequenter Vertreter der arbeitenden Menschen. Wir werden ihn nicht vergessen.

Aufgespießt

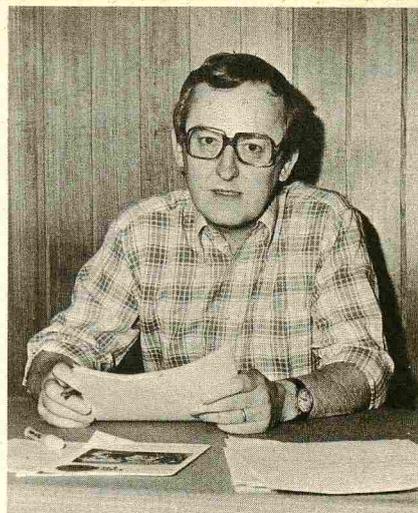
„Schulen sollen Kinder lebensstüchtig machen. Dafür müssen sie etwas wissen und können... Deshalb im Unterricht nicht nur an Gesellschaft denken und solchen Scheißdreck.“

Alfred Dregger bei einer Wahlkampfveranstaltung der CDU am Freitagabend in der Hanauer Stadthalle.

Fahrpreiserhöhung beim FVV

Der Nahverkehr gestaltet sich zunehmend zu einem Problempunkt ersten Ranges. Die Zufahrtstraßen und Städte sind verstopft mit Pendlern, jener Bevölkerungsgruppe, die Tag für Tag von der Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück fahren und dabei das individuelle Auto bevorzugen. Über die negativen Auswirkungen in den Städten bezüglich Lärm und Luft braucht man hier kein Wort zu verlieren. Viele Autobenutzer könnten auch die öffentlichen Verkehrsmittel in Anspruch nehmen, doch diese sind nicht attraktiv genug. Da werden Gründe ins Feld geführt wie lange Fahrtzeiten, Überfüllung der Züge, hohe Fahrpreise. Um letztere geht es wieder einmal. So konnte man jüngst aus der Presse entnehmen, daß diese im kommenden Jahr etwa 5 Prozent steigen werden. Man muß der CDU, die jetzt im Frankfurter Rathaus das Sagen hat, schon Worthalten bescheinigen. Nach dem „kräftigen Hinlangen“ im Januar dieses Jahres (bis zu über 20 Prozent Fahrpreiserhöhung) hatte man versprochen, nun jährlich zu erhöhen. Wenn nur so der Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssituation aussieht, dann löst sich das Problem erst am St. Nimmerleinstag. Man muß schon Mut beweisen, um den Nahverkehr durch noch mehr Investitionen und Subventionen anziehender zu machen. Auch der Weg über einen finanziellen Beitrag der Großbetriebe im Ballungsbereich, die ja auch und nicht wenig am Nahverkehr profitieren, ist erforderlich.

... auch
bei der
Landtagswahl
in
Mörfelden:
DKP



Rudi Hechler
DKP-Kandidat zur
Landtagswahl '78:

Wie lange noch bleiben Lehrstellen Mangelware?

Die Spitzenpolitiker der Landtagsparteien reisen jetzt wieder umher und machen Versprechungen.

Die Eltern, deren Kinder in der Schule nicht zeitgemäß ausgebildet werden können; die Jugendlichen, die auch in diesem Jahr keine Lehrstellen erhalten, sollten diesen Reisenden in Sachen Politik an einige für sie unangenehme Tatsachen erinnern.

So fehlen in Hessen nach Berechnung der GEW 4500 Lehrer, um den vorhandenen Unterrichtsausfall abdecken zu können.

Während allein zum 1. Mai dieses Jahres 1787 Lehramtsanwärter keine Anstellung fanden und die Zahl Tausender arbeitsloser Lehramtsanwärter in Hessen vermehren, während 3000 bereits ausgebildete Lehrer das Schicksal von rund einer Million Arbeitsloser in der Bundesrepublik teilen und 1800 ausgebildeter Lehrer kurzarbeiten müssen, sitzen die Schüler in immer noch zu großen Klassen.

Auch der Lehrstellenmangel hat weiter zugenommen.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: 300.000 Berufsschulpflichtige sind in der BRD ohne Ausbildungsplätze. Fast 140.000 Jugendliche sind ohne Arbeit. Verschärft wird die Lage durch 44.000 Schulabgänger, um die in diesem Jahr die Zahl der einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz suchenden Jungen und Mädchen gegenüber 1976 angestiegen ist.

Mindestens 9.000 Schulabgänger in Hessen stehen arbeitslos auf der Straße, weil die großen Konzerne nicht ausreichend Lehrstellen anbieten. Das Landesarbeitsamt hilft diesen Skandal zu vertuschen, indem es in veröffentlichten Statistiken mit fiktiven Zahlen operiert.

Die Nummer eins in der Rangliste der Lehrstellenverweigerer ist – wie könnte es anders sein – die Hoechst AG, für die CDU-Jung so eifrig Reklame macht. Für 4.000 Bewerber hat Hoechst ganze 850 Ausbildungsplätze zu bieten. Mehr als 70 Chemielaboranten fliegen auf die Straße, von sieben Physiklaboranten werden sechs nicht übernommen. Von 75 Chemielabor-Jungwerkern werden 30 nach ihrer Prüfung nicht weiterbeschäftigt.

Ähnlich ist es beim Auto-Gigant in Rüsselsheim. Auch hier werden viel zu wenig Lehrstellen angeboten.

Doch die gegenwärtigen Landtagsparteien SPD, FDP und CDU lassen den Verstoß der Konzerne gegen dieses Verfassungsgebot ebenso zu wie sie die verfassungswidrige Aussperrungspraxis bei Lohnkämpfen dulden. Die Landesregierung verweigert 1800 arbeitslosen Lehrern die Einstellung, wobei sich der Lehrermangel vorwiegend in den Grund-, Haupt- und Sonderschulen auswirkt.

Notwendig wäre eine gesetzliche Verpflichtung zur sofortigen Bereitstellung von 25.000 qualifizierten Lehrstellen durch die großen und mittleren Industriebetriebe in Hessen. Alle Jugendlichen müssen nach ihrem Lehrabschluß in ihrem erlernten Beruf weiterbeschäftigt werden.

Notwendig ist die Errichtung der bereits seit 1974 von der Landesregierung versprochenen über- und außerbetrieblichen Ausbildungsstätten in strukturschwachen Gebieten.

Notwendig ist die gesetzliche Verankerung der integrierten Gesamtschule als Regelschule und die Einstellung aller benötigten Lehrer.

Noch ist Zeit zum Nachdenken

Leider wird es für ein Umdenken schon zu spät sein. Die verantwortlichen Politiker werden der besseren Einsicht nicht folgen, um sich nicht sagen lassen zu müssen, sie hätten wohl geschlafen oder die Sache nicht richtig ausdiskutiert. Es geht um die neue Straßenführung der B 44. Folgt man dieser Straße von Zeppelinheim aus (bis dahin ist sie vierspurig), so kommt man an der Seringgrube und am Walldorfer Badesees entlang. Man glaubt noch, durch großen dichten Hochwald zu fahren, doch der Glaube trügt. Die wenigen Baumreihen versperren die Sicht in Richtung Autobahn Frankfurt-Mannheim und entgegengesetzt bis nach Langen. Nur weil der Badesees im Zuge des vierspurigen Ausbaus zu einem Viertel zugeschüttet werden soll, hat die Stadtverordnetenversammlung jüngst für eine andere Straßenführung plädiert. Grundsätzlich über andere Alternativen wurde nicht diskutiert; leider!

Von der zukünftigen kreuzungsfreien Anbindung Walldorf-Nord geht es dann mit einer weiteren Brücke über die Autobahn und in einer Linkskurve in den Wald, um das Wohnbaugebiet „An den Eichen“ zu umgehen. Von hier quer durch die Feldgemarkung zu „Kleeblatt“ am Kreuzungspunkt B 486 zwischen Industriegebiet und Hotel Europa. Ein weiter Bogen spannt sich dann bis zum „Lindenstück“, das dann nicht mehr sein wird. Weiter geht es zwischen Gewerbegebiet und Wald bis zur Bahn, die mit einer Brücke übergangen wird. Hier teilt sich die Straße und von nun an soll sie wieder zweispurig sein. (Die Fachleute sagen: einspuriger Ausbau.) Die eine Straße führt nach Groß-Gerau und die andere frißt sich durch herrlichen Hochwald zum Schlangenloch in Richtung Rüsselsheim.

Die Alternative zu diesem Asphaltunsinn wäre ein Ausbau der bestehenden Straße und eine Teilumgehung.

Fahren wir die Strecke noch einmal ab: Ab Zeppelinheim wird die Fahrbahn verbreitert, ein asphaltierter Randstreifen wird angelegt. (Denken wir an die Straße nach Groß-Gerau, die nach meiner Meinung optimal ausgebaut ist.) Die Straßenanbindung in Walldorf-Nord würde kreuzungsfrei und der Badesees bliebe unberührt. Hinter der Autobahn würde die Straße nach der Waldseite verbreitert. (Die Anwohner der Bewobau-Siedlung und der Frankfurter Straße könnte man mit Lärmschutz bedienen.) Die Tankstelle Schurstein würde zum Teil diesem Ausbau zum Opfer fallen. Die Kurve am Wasserturm Mörfelden würde schlanker und damit auch der Schandfleck Autofriedhof beseitigt. Die Straße würde dann über die B 486 geführt, so daß die B 44 ampelfrei wäre. Alsdann verlief die Straße um das Wohnbaugebiet auf der Trasse der geplanten neuen Darmstädter Straße zum Lindenstück. Auch ab hier bietet sich mir keine andere Lösung als die geplante Straßenführung. Aber sie bliebe einspurig.

Bedenken wir: Der überregionale Verkehr benutzt die Autobahnen, die nah an Mörfelden-Walldorf vorbeiführen. Der regionale Verkehr machte auf der kurzen Strecke von Zeppelinheim zur Nikolauspforte bzw. Schlangenloch zirka fünf Minuten gut. Dafür aber würde Landschaft in unververtretbarer Weise verschandelt und mißbraucht.



Gedenkfeier am Weltfriedenstag

Anläßlich des „Antikriegstages“ am 1. September fand am Mahnmal für die Opfer des Faschismus in Groß-Gerau eine Gedenkfeier statt.

Es sprachen Vertreter von VVN-Bund der Antifaschisten und der GEW. In einer kurzen Ansprache gedachte auch der Bürgermeister von Groß-Gerau den Opfern des Faschismus.

Zahlreiche Organisationen, darunter das DGB-Ortskartell Mörfelden, legten Kränze nieder.



UZ-Verkauf am „Dalles“. Jeden Samstag verkaufen hier und am Spar-Markt Mitglieder der DKP die UZ, die Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei.

Wir freuen uns, wenn „blickpunkt“-Leser auch die UZ lesen. Sie kostet 50 Pf.

Ist es nicht ein Hang zu übermäßigem Perfektionismus, wenn neben der achtspurigen Autobahn nur 150 Meter entfernt eine vierspurige gesetzt wird? Und noch ein Argument: Der Bahn verweigert man die Streckenbegradigung in Mörfelden, nach meiner Meinung zu Recht. Die Begradigung bringe nur eine Zeitersparnis von zwei Minuten aber dafür eine merkliche

Erhöhung des Lärms, so wurde argumentiert. Legen wir diese Argumentation bei der geplanten Autobahn B 44 zugrunde, müßten wir zu gleichen Ergebnissen kommen. Fünf Minuten Zeitersparnis für die Autofahrer stehen in keinem Verhältnis zu der Zerstörung der Wald- und Feldgemarkung.
K.H., Liebknechtstraße, Mörfelden



Parteilose Bürger und Mitglieder der DKP protestierten beim Besuch des hessischen Umweltministers Görlach (SPD) im Mörfelder Bürgerhaus gegen Pläne, den Flughafen auf Kosten unseres Waldes zu erweitern. In der anschließenden Diskussion wurde Görlach die skandalöse Tatsache vorgehalten, daß die Hessische Landesregierung bis zum Jahr 2000 den Farbwerken Hoechst die Einleitung von täglich 31 Güterwagen Chlorid gestattet hat.



Immer wieder trifft man im Wald um den Flughafen auf gemalte Proteste gegen den geplanten Bau der Startbahn „West“. Ein Zeichen, daß es Bürger gibt, die sich aktiv gegen die Flughafenpläne zur Wehr setzen.

Kleinvieh ...

In der nächsten Stadtverordnetenversammlung soll dem Bürger wieder in die Tasche gegriffen werden. Auf der Tagesordnung steht die neue Gebührensatzung. Hier sind alle Tätigkeiten und deren Kosten aufgeführt, die die Stadtverwaltung für den Bürger erledigt; angefangen bei Bescheinigungen, Beglaubigungen, Abschriften bis gewerbliche Erlaubnisse oder Genehmigungen über das Aufstellen von Automaten etc. Da die Gebührensätze wegen der Fusion einheitlich sein müssen, hielt man im Rathaus die Stunde für günstig, die einzelnen Sätze entweder nach oben anzugleichen oder zu erhöhen. Von den 81 Positionen sind 33 gleichgeblieben, 2 wurden gesenkt und 46 wurden erhöht. Letztere teilweise beträchtlich. Gewiß handelt es sich bei diesen Gebühren meist um Kleinbeträge, in der Regel unter zehn Mark. „Kleinvieh macht auch Mist!“ sagte man sich sicher. Doch auch Kleinbeträge schmälern den Geldbeutel. Wenn die öffentliche Hand nicht beispielgebend vorangeht und zur Preisstabilität beiträgt, dann werden die privaten Unternehmer erst recht Argumente haben, ihrerseits an der Preisschraube zu drehen.

In diesem Zusammenhang wollen wir auch auf die Diskussion um die Steuerpläne der Bundesregierung hinweisen. Die Lohnsummensteuer (die übrigens auch von der DKP abgelehnt wird) soll abgeschafft werden und den ausfallenden Betrag soll zur Hälfte durch Erhöhung der kommunalen Steuersätze ausgeglichen werden. Wer da noch fragt, wer denn dabei stärker zur Kasse gebeten wird, dem sei gesagt, daß dies der vielzitierte „kleine Mann“ ist.



SERVICE INTERNATIONAL DE RECHERCHES
INTERNATIONAL TRACING SERVICE
INTERNATIONALER SUCHDIENST

D - 3548 AROLSEN
Tel. (05691) 837 - Telegr.-Adr. ITS Arolsen

Arolsen, den 14. Februar 1978
Bie/Fr

Laut einem hier vorliegenden Forderungsnachweis vom 1.11.1944 betrug die höchste Lagerstärke im Konzentrationslager Natzweiler/Kommando Walldorf am 1.10.1944 1699 und am 31.10.1944 1660 weibliche Häftlinge.

Aus der Zugangsliste des Konzentrationslagers Natzweiler/Kommando Walldorf vom 27.8.1944 entnehmen wir, dass es sich bei sämtlichen Häftlingen um ungarische Jüdinnen gehandelt hat, die vom Konzentrationslager Auschwitz nach Kommando Walldorf überstellt wurden.

Die DKP-Walldorf hat nach umfangreichen Forschungen in vielen europäischen Ländern und in Israel eine Dokumentation über das ehemalige Konzentrationslager in Walldorf vorgelegt. Unter dem gesammelten Material finden sich Aussagen von Überlebenden, Schilderungen von ehemaligen Insassen, die heute in Israel und Ungarn leben. Die DKP-Walldorf leistet mit dieser lehrreichen Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Geschichtsschreibung. Sie setzt damit ein Zeichen gegen die Rechtsentwicklung in unserem Lande. (Aus der Dokumentation entnehmen wir obigen Briefausschnitt.)

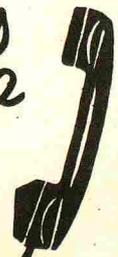
Hier finden Sie die DKP

Selbstverständlich können Sie uns jederzeit anrufen, wenn Sie ein Problem haben



R. Dötsch
3166

R. Haag
3322



Ein Rentner schreibt uns:

Vor den Rentnern müßten sie eigentlich Angst haben!

Vor jeder Landtagswahl dasselbe Programm. Alle im Landtag vertretenen Parteien holen ihre besten Domppteure aus der ganzen Bundesrepublik in den Wahlzirkus. Die einen verteidigen ihren ersten Platz in der Arena, die anderen kämpfen ums Überleben, die dritten knallen mit der harten Peitsche und wollen wieder nach oben. Wir sind die Zuschauer. Wir, die Männer und Frauen, die mit den Renten nicht zufrieden sind, könnten aber auch die kommende Wahl entscheiden. Denkt daran, wie oft Ihr schon in Eurem Leben betrogen wurdet. Ab 1914 seit Beginn des 1. Weltkrieges riß der Staatsbetrug nicht ab. Nun heißt es wieder, wie sicher sind unsere Renten? All die Parteien, die den Großen im Wirtschaftsleben, auch den Fürsten und Grafen nichts nehmen, auch die heutigen Parteien, welche es dulden, daß die Reichen immer reicher werden und die anderen sich gerade so übers Wasser halten können, müßten eigentlich Angst haben vor dem Ausgang der Wahl. Die SPD will sich mit keinem verderben und dabei kommt die Bevölkerungsschicht zu kurz, aus der die Rentenempfänger kommen, die Arbeiter. Die FDP steht mehr auf der Seite des Mittelstandes, Beamte und Kleingewerbetreibende sind ihre Wähler. Die CDU, daran gibt es keinen Zweifel, vertritt die Interessen der Rüstungsindustrie, der Banken und Konzerne. Rentner, Ihr habt dieses Mal wieder einmal eine Entscheidung herbeizuführen, seht Euch die Kandidatenliste der DKP an, Ihr werdet keinen darauf finden, der Millionär ist oder die Interessen der Reichen vertritt, es sind Männer und Frauen aus dem Arbeitsleben. Sie machen Politik für die arbeitende Bevölkerung dieses Landes. Sie verdienen Euer Vertrauen. Wählt DKP. Diese Stimme zählt doppelt, weil sie Wirkung hat.

W.P.

**Kommunisten
sind Deine Kollegen.
Ihre Forderungen sind
auch Deine.
Informiere Dich.
Werde Mitglied der
DKP**

Zehn Jahre DKP

Ortsausschuß Mörfelden der Deutschen Kommunistischen Partei gegründet

Am 29. September 1968 wurde in Mörfelden von 21 Versammelten ein Ausschuß für die Neukonstituierung der „Deutschen Kommunistischen Partei“ gebildet. Damit - erhalten erstmals nach 12 Jahren Mörfelder Bürger mit kommunistischer Weltanschauung ein legales politisches Betätigungsfeld.

Der Ortsausschuß Mörfelden der DKP ruft alle Sozialisten und Marxisten auf, sich in dieser Partei zusammenzuschließen. Wir werden es in diesem Staat nicht leicht haben. Aber es ist gerade jetzt notwendig, gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Sozialdemokraten, mit Liberalen und Christen der immer stärker werdenden Rechtsentwicklung entgegenzuwirken. Die NPD darf nicht durchkommen. Es darf kein zweites 1933 geben!

Ausschuß für die Neukonstituierung einer Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden, i. A. Rudi Hechler.

Auskunfte erteilt: Rudi Hechler, 6082 Mörfelden, Hochstraße 22

„Freitag-Anzeiger“
7. 10. 1968

Vor zehn Jahren, am Donnerstag, den 26. September 1968, konstituierte sich in Frankfurt am Main die Deutsche Kommunistische Partei. Drei Tage später wurde auch in Mörfelden ein Ortsausschuß gebildet.

Mit der Gründung der DKP wurde der Schandfleck von der Bundesrepublik genommen, daß mit dem Verbots-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 diejenige Kraft aus dem legalen, politischen Leben der Bundesrepublik verbannt wurde, die während der ganzen Zeit der Nazi-Diktatur organisiert den Kampf gegen Faschismus und Krieg geführt und von allen Nazi-Gegnern dabei die größten Opfer gebracht hatte, während Diener des Hitlerregimes unter den von der CDU/CSU geführten Regierungen höchste Staatsämter bekleideten, selbst das eines Bundespräsidenten (Lübke) und eines Bundeskanzlers (Kiesinger).

Die Neukonstituierung einer legalen kommunistischen Partei war für die demokratische und Friedensbewegung am Ende der sechziger Jahre notwendig. Die ideologischen Verwirrungen zwölfjähriger Nazi-Diktatur, pausenlos weitergeführter antikommunistischer und antisowjetischer Hetze, das Eindringen sozialpartnerschaftlicher und anderer kleinbürgerlicher Ideologien in die Arbeiterklasse, die Wirksamkeit der raffinierten Anwendung der von den Monopolen beherrschten Massenmanipulationsmittel stellen hohe Anforderungen an die Partei der Arbeiterklasse, eine Partei, die sich von den Lehren von Marx, Engels und Lenin leiten läßt. Natürlich sind diese Aufgaben unter Bedingungen der Legalität weit besser zu lösen. Mit der Legalität erhielten auch Mörfeldens Kommunisten wieder bessere Arbeitsbedingungen. Immerhin hatten die Herrschenden die Kommunistische Partei jahrzehntelang verboten und unterdrückt.

Verboten war die Partei von 1923 bis 1924, von 1933 bis 1945 und 1956 ließ Adenauer die KPD erneut verbieten. Bis 1968, als die DKP konstituiert wurde, gab es Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Verhöre und Gefängnis, wenn man als Kommunist offen auftrat. Viele Mörfelder Kommunisten haben diese Zeit durchlebt und können von diesen Zeiten der Unterdrückung erzählen.

Der zehnte Jahrestag der Konstituierung der DKP fällt nun zeitlich fast mit dem Mannheimer Parteitag zusammen, auf dem das Programm der DKP beraten und beschlossen werden wird. Das ist eine Zeit zunehmender ökonomischer und politischer Auseinandersetzungen. Die verschärfte Krise des kapitalistischen Systems hat verstärkte Angriffe auf die Lebenslage der Werktätigen zur Folge. Das führt zur Verschärfung des Klassenkampfes. In dem Versuch, seine Profite zu sichern und die Krisenlasten auf die Werktätigen abzuwälzen, greift das Monopolkapital die Gewerkschaften an, versucht es, die demokratischen Rechte einzuschränken, durch Berufsverbote die Menschen einzuschüchtern, die DKP als „verfassungsfeindlich“ zu diskreditieren.

Aber gleichzeitig wächst der Widerstand. Arbeiterkämpfe um die Erhaltung der Arbeitsplätze, gegen die Angriffe auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen nehmen zu. Die Bewegung für Abrüstung, gegen ein neues Wettrüsten wird breiter. Die Solidaritätsbewegung gegen die Berufsverbote wird akti-

ver. So nehmen nicht nur die Gefahren der Rechtsentwicklung, sondern auch die Potenzen der Bewegung für Frieden und Abrüstung, für Demokratie, für die sozialen Interessen des Volkes und für gesellschaftlichen Fortschritt zu.

Die jetzt schon zehn Jahre alte DKP ist eine junge Partei, auch in dem Sinne, daß der höchste Prozentsatz der in ihren Reihen organisierten Mitglieder jung und aktiv ist wie in keiner anderen Partei der Bundesrepublik. Sie verkörpert zugleich die großen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, der alten Sozialdemokratie, die von August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründet wurde. Sie verkörpert in sich die Tradition des linken, gegen den Opportunismus kämpfenden Flügels mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring und Wilhelm Pieck. Sie ist Erbin der von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründeten und von Ernst Thälmann im Kampf gegen Faschismus und Krieg geführten KPD. So verkörpert sie in sich den Elan der Jugend zusammen mit den Erfahrungen des revolutionären Kampfes der Arbeiterbewegung. Seit dem 29. September 1968, als 21 Mörfelder Kommunisten im Gasthaus „Zum Löwen“ den ersten Ortsausschuß der DKP in der Bundesrepublik gründeten, sind nun zehn Jahre vergangen. Zahlreiche neue Mitglieder wurden in dieser Zeit in die Partei aufgenommen, auf vielen Gebieten hat die Partei neue Erfahrungen gesammelt. Trotz der täglichen Verleumdungen, der Hetze von Springer und Löwenthal hat sich die DKP in diesen Jahren zu einer erfolgreichen, starken politischen Kraft in dieser Stadt entwickelt. Neidvoll wird heute von anderen Parteien die Aktivität und der Elan der Mörfelder DKP-Mitglieder registriert. Diese Einsatzbereitschaft unserer Mitglieder und unsere wissenschaftliche Weltanschauung ist die Voraussetzung für die politischen Erfolge in unserer Heimatstadt. Die DKP wird trotz aller Behinderungen, trotz Berufsverbote und Schnüffelpraxis stärker werden, sie wird ihr sozialistisches Ziel nie aus den Augen verlieren und sie wird weiter stets konsequent für die Interessen der arbeitenden Menschen eintreten.

Ernst Knöß, Vorsitzender der DKP-Mörfelden-Walldorf

Mörfelder Gebabbel

„Ein wunderschönes Geschenk“, „Was haben wir gelacht“, „Jeder meiner Enkel kriegt es an Weihnachten“, „Die Bilder schau ich mir immer wieder an“, „Eine gute Arbeit – die soll Euch erst einmal einer nachmachen“ – so äußerten sich Mörfelder Bürger über das neue „blickpunkt“-Buch.

In zwei Wochen wurden über 500 Exemplare verkauft. Ein toller Erfolg. Sie sollten sich das Buch einmal ansehen. Sie finden darin ein Dialektwörterverzeichnis, Schbrisch (Sprüche) und viele historische Fotos.

Erhältlich ist es zum Preis von DM 15,- bei den Mörfelder Buchhandlungen, der Druckerei Scholl und Klug, bei den DKP-Stadtverordneten und allen Mitgliedern der DKP.

Ein Appell an den Landtag

**DKP appelliert an die
Landtagsfraktionen von SPD, CDU
und F.D.P.**

In einem Schreiben an die Landtagsfraktionen von SPD, CDU und F.D.P. hat die DKP-Mörfelden-Walldorf appelliert, ihre Stellung zur Fusion neu zu überdenken. In dem Schreiben heißt es:

„Wenn Sie in diesen Tagen in einer Sondersitzung über die Auflösung der Stadt Lahn beraten, dann sollten Sie auch die zusammengelegten Städte Mörfelden und Walldorf in ihre Diskussion einbeziehen.

Die nicht aufgehörenden Fusionsdebatten in unserer Stadt zeigen, daß die Diskussion über die Auswirkungen der Gebietsreform *noch* nicht abgeschlossen ist. In beiden Stadtteilen gibt es immer noch eine Antifusionsstimmung, die berechtigt ist. So ärgern sich z.B. in Walldorf zunehmend Bürger, weil in vielen Anschriften der Name Walldorf allmählich verschwindet.

Es ist eine Tatsache: Die Fusion wurde damals vollzogen gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung. Das wußte man, darum hat man auch alle DKP-Anträge für eine rechtzeitige Bürgerbefragung abgelehnt. Die DKP meint, daß es auch und gerade vor der Landtagswahl nützlich sein kann, die Fusionsfrage Mörfelden-Walldorf in der Bevölkerung breit zu diskutieren. Wenn man heute Fusions-Bilanz ziehen soll, dann muß man die negativen und positiven Fusionsergebnisse gegenüberstellen. Positive Ergebnisse sind uns nicht bekannt – die seitherige Fusionspraxis aber zeigt, daß alle unsere Gegenargumente vom Leben bestätigt wurden. Die DKP hat ihre grundsätzliche ablehnende Haltung zur Fusion von Mörfelden-Walldorf nicht verändert. Wir sagen: Die Fusion war ein Fehler und Fehler kann man korrigieren. Wir appellieren an die Landtagsparteien SPD, CDU und F.D.P., ihr Ja zur Fusion neu zu überdenken. Wenn man aus „Lahn“ wieder Gießen und Wetzlar machen kann, dann kann man aus „Mörfelden-Walldorf“ auch wieder Mörfelden und Walldorf machen.“



TERMINE

Grillfest der DKP-Mörfelden im Waldstadion vor dem Sportlerheim am Samstag, den 16.9.78 ab 14.00 Uhr.

Diskussionsveranstaltung der DKP-Walldorf zum Flughafen Rhein-Main mit Dr. Ellen Weber am Donnerstag, den 28.9.78 um 20.00 Uhr in der Stadthalle Walldorf (Clubraum).

Wahlversammlung der DKP-Mörfelden/Walldorf am Freitag, den 7.10.78 um 20.00 Uhr im Bürgerhaus Mörfelden.

Wer bedroht uns?

Die moderne Technik oder das Großkapital?

Wer steht hinter den Flughafen-Erweiterungsplänen?

Warum gestattet die Landesregierung der Farbwerke Hoechst AG die Einleitung von 864 Tonnen Chlorid täglich?

Wird Mitteldorf die neue Großgrube baggern?

Viele aktuelle Fragen, die zur Diskussion stehen. Diskutieren Sie mit!

Eine Veranstaltung mit Dr. Ellen Weber, stellvertretende Bezirksvorsitzende der DKP-Hessen

Rudi Hechler, DKP-Kandidat zur Landtagswahl

**Am Donnerstag, 28. September 1978 um 20.00 Uhr
in der Stadthalle Walldorf**



Mörfelden gestern

Ein Erntebild aus den 20er Jahren – die „Menschbrucher Ochse“. Kräftige Tiere mit Hörnern wie vietnamesische Wasserbüffel. Ihre Arbeit haben heute Traktoren übernommen. Ein seltenes Bild aus einer Zeit, in der das meiste Getreide noch mit der Sense gemäht wurde.

Viele solcher alten Fotos sind im neuen Buch „Merfelder Gebabbel“ abgedruckt.